

Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 15. Sitzung

18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2011 - 2015

Sitzungstag 30. April 2013	Sitzungsbeginn 15:35 Uhr	Sitzungsende 17:05 Uhr	Sitzungsort Sitzungssaal 120 Rembertiring 8-12
--------------------------------------	------------------------------------	----------------------------------	--

Teilnehmer/innen:

siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2013

TOP 3 Entwurf der Verordnung für die Einjährige berufsvorbereitende Berufsfachschule L66-18

TOP 4 Bremisches Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG) L69-18

TOP 5 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen Beschluss der Fe

riendeputation

hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01. August 2013

TOP 6 2. Lesung des Entwurfes einer „Ersten Verordnung für unterstützende Pädagogik“ L70-18

TOP 7 Verschiedenes

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt begrüßt die Anwesenden und bittet um eine Verschiebung des TOP 5 ans Ende der Sitzung für den Fall, dass Herr Dr. Fleischer-Bickmann nicht rechtzeitig eintrifft.

Die Deputation genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2013

Frau Vogt bittet, das Protokoll vom 15.03.13 hinsichtlich ihres Abstimmungsverhaltens zu TOP 1 zu berichtigen. Zudem solle ihre Begründung bezüglich des von ihr vorgebrachten Wunsches nach einer Anhörung zu den Verordnungen unter TOP 5 ausdrücklich im Protokoll aufgenommen werden.

Beschluss: Die Deputation für Bildung genehmigt das Protokoll der Sitzung vom 15.03.13 nach Maßgabe der vorgenannten Änderungen.

TOP 3 Entwurf der Verordnung für die Einjährige berufsvorber- L66-18 reitende Berufsfachschule

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt in die Vorlage zum Entwurf der Verordnung für die Einjährige berufsvorbereitende Berufsfachschule ein. Frau Jendrich erläutert die im Ergebnis der Erörterung im Deputationsausschuss für berufliche Bildung aufgenommenen Veränderungen des ursprünglichen Entwurfs.

Herr Dr. vom Bruch thematisiert die schulinterne Zertifizierung und weist kritisch auf die Unterschiedlichkeit der Beratung der Schülerinnen und Schüler in Bremerhaven und in Bremen hin. Herr Stadtrat Frost erklärt, die dezentrale Umsetzung in Bremerhaven beruhe auf den anderen örtlichen Voraussetzungen für die Beratung in der Stadt und sei nicht ineffizient. Gleichwohl könne Bremerhaven ggf. in der Zukunft von den stadtbremerischen Erfahrungen mit einer zentralisierten Beratung profitieren.

Auf Nachfrage von Frau Vogt erläutert Frau Jendrich, dass der Bildungsgang nicht darauf ausgelegt sei, dass die Schülerinnen und Schüler ihren bereits erworbenen mittleren Schulabschluss verbessern könnten (§ 22 der VO), in Ausnahmefällen sei dies aber gleichwohl möglich.

Frau Dogan bedankt sich für die Vorlage und weist auf die Wichtigkeit der Beratung von Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf den Weg in eine duale Ausbildung hin.

Herr Dr. vom Bruch regt an, die Beratungspraxis nach Ablauf von 2 Jahren durch eine Evaluation neu zu bewerten. Diese Anregung wird von Frau Dogan unterstützt.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf der Verordnung für die Einjährige berufsvorbereitende Berufsfachschule zur Kenntnis.

Die Deputation bittet um Berichterstattung nach Ablauf von zwei Jahren.

TOP 4 Bremisches Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG) L69-18

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt in die Vorlage ein. Herr von Lührte beschreibt das bisherige Verfahren und erläutert die wesentlichen Elemente des „Bremischen Gesetz über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG)“, insbesondere den Regelungsgegenstand in Abgrenzung zum Bundesgesetz und die Systematik einbezogener und ausbezogener Berufe. Mit dem Gesetz werde nicht die Anerkennung an sich, sondern vielmehr das Verfahren einschließlich erforderlicher Unterlagen, Bescheiderteilung und ggf. erforderlicher Nachqualifizierung geregelt.

Auf Nachfrage von Frau Böschen erläutert Herr von Lührte inwieweit sich nach dem Gesetz beziehungsweise durch eine noch zu erlassende Verordnung die Anerkennung von im Ausland erworbenen Lehramtsabschlüssen verändern wird. Frau Böschen bittet um einen Bericht zur Möglichkeit der Nachqualifizierung im 2. Unterrichtsfach.

Herr Dr. vom Bruch weist auf die zeitliche Enge des ins Auge gefassten Gesetzgebungsverfahrens und fragt nach den konkret zu erwartenden Kosten.

Frau Dogan begrüßt die Vorlage des Gesetzentwurfs. Auf Ihre Nachfrage erläutert Herr von Lührte, dass der Ausbezug verschiedene Berufe auf die Zuständigkeiten der Kammern zurückgingen, die die Anerkennung in eigener Regie durchführten.

Die Deputation erörtert den vorgelegten Gesetzentwurf und diskutiert insbesondere Fragen zum Anerkennungsverfahren bei den Kammern, der derzeitigen Nachfrage der Anerkennung nach dem Bundesgesetz, der Lehrer/-innenausbildung, der Drittstaatugehörigkeit sowie den Arbeitsstand in der länderübergreifenden Arbeitsgruppe. Es wird angeregt, dass Gesetzesvorhaben auch im Ausschuss für Integration, Bund, Europa und Internationale Zusammenarbeit zu erörtern.

Beschluss: (einstimmig)

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf des Bremischen Gesetzes über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (BremABQG) zur Kenntnis und stimmt dem weiteren Verfahren zu.

TOP 5 Zulassung zum Vorbereitungsdienst für das Lehramt an öffentlichen Schulen im Lande Bremen

riendeputation

hier: Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01. August 2013

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt ruft die Vorlage auf und erläutert, dass die „Verordnung über die Festlegung der Zulassungszahlen zum 01. August 2013“ bereits im Rahmen der Feriendeputation beschlossen wurde und der Deputation im Nachgang noch einmal zur Kenntnis gegeben wird. Die Deputation diskutiert anhand der vorgelegten Verordnung grundsätzlich über die Festlegung der Zulassungszahlen in Bezug auf den Bedarf an Referendaren, insbesondere in den Mangelfächern. Dabei wird die Frage aufgeworfen, ob die aktuell vorgesehenen 450 Referendariatsplätze ausreichend sind um den tatsächlichen Bedarf an Referendaren zu decken, insbesondere im Hinblick auf den demografischen Wandel und Lehrerabgänge. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erklärt, die Einstellung der 450 Referendare gehe auf die Anzahl der finanzierten Stellen zurück.

Herr Güngör bittet um einen Bericht und eine fachliche Einschätzung zu den Mangelfächern. Frau Dogan bittet um einen Bericht zu den Spezifika der Ausbildung in Bremerhaven. Frau Vogt weist darauf hin, dass die Ausbildung der Referendare Landessache sei. Es besteht Einvernehmen, die aufgeworfenen Fragen im Rahmen einer grundsätzlichen Betrachtung in der August-Sitzung der Deputation vertiefter zu erörtern.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt die Verordnung zur Kenntnis.

TOP 6 2. Lesung des Entwurfs einer „Ersten Verordnung für L70-18 unterstützende Pädagogik“

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt in die Vorlage ein und erläutert den Entwurf der „Ersten Verordnung für unterstützende Pädagogik“ die nach einem umfangreichen Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren zur zweiten Lesung vorgelegt werde. Es sei beabsichtigt, die Verordnung in 2019 mit zu evaluieren.

Herr Dr. vom Bruch stellt das breite Abstimmungsverfahren heraus und hält die zeitgleiche Darstellung der Ressourcenbezogenen Umsetzung für unerlässlich. Da dies nicht der Fall sei, werde seine Fraktion sich in der Abstimmung enthalten. Der Landesbehindertenbeauftragte stellt klar, dass der Entwurf der Verordnung sowie insbesondere die Regelung zur Clearingstelle seine Zustimmung finde.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt dankt Herrn Dr. Steinbrück für seine Bereitschaft, der Clearingstelle vorzusitzen und betont deren Wichtigkeit als neutrale Stelle.

Frau Vogt stellt fest, dass die Verordnung für unterstützende Pädagogik und die Zuweisungsrichtlinie zeitgleich erlassen werden sollten und fragt nach der zeitlichen Perspektive für den Erlass der Zuweisungsrichtlinie.

Herr Güngor erklärt, die Inklusion habe bereits mit der Schulreform begonnen und nicht erst mit der Verordnung. Er gibt zu Protokoll, er halte den Zeitpunkt des Auslaufens der Verordnung zum 31.07.2019 für ungünstig, da die Evaluation in den Legislaturwechsel in der Deputation falle.

Frau Dogan weist auf bestehende Befürchtungen wegen des Wegfalls der Feststellungsdiagnostik hin und bittet um einen Bericht zur Frequentierung der Clearingstelle nach einem Jahr. Auf Nachfrage eines Vertreters des Zentralelternbeirates erklärt Frau von Ilsemann, es sei beabsichtigt, in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe eine Lösung für die Frage der Assistenz an den Schulen zu finden, die ab 2014 greife.

Beschluss: Dafür: 8 Stimmen (SPD; Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Enthaltung: 4 Stimmen (DIE LINKE und CDU)

Die Deputation für Bildung nimmt den Entwurf der Verordnung für unterstützende Pädagogik zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

- Der Bericht zur Beteiligung Bremerhavener Lehrkräfte an Landesaufgaben auf die Frage von Frau Böschen wird vorgelegt.

- Der Bericht zur Beteiligung Bremerhavener Lehrkräfte an Stellenausschreibungen am Landesinstitut für Schule auf die Frage von Frau Böschen wird vorgelegt

Senatorin

Sprecher

Protokollantin